

Zwanzig Jahre nach Helmut Kohl: Wo stehen die deutsch-französischen Beziehungen?*

Ulrike Guérot

Einleitung

Zwanzig Jahre nach Helmut Kohl ist es um die deutsch-französischen Beziehungen schlecht bestellt. „*Je t'aime moi non plus*“ war immer das Leitmotiv, der selbstgewählt ironische Wahlspruch der deutsch-französischen Beziehungen und leider war er selten so wahr wie heute. Denn ehrlicherweise kann man, schaut man sowohl auf die praktische, aktuelle Politik wie auf Umfragewerte, nicht wirklich behaupten, die deutsch-französischen Beziehungen seien, 50 Jahre nach Unterzeichnung des Élysée-Vertrags von 1963, gut, nur weil das gerade ausgerichtete Fest der goldenen Hochzeit in Berlin schön war, die gemeinsame Parlamentsdebatte am 22. Januar 2013 beeindruckend, das Festkonzert in der Philharmonie bewegend, und die Rede von Bundespräsident Joachim Gauck sehr gelungen.

Vieles wäre vorzubringen gegen die jüngst demonstrativ zur Schau gestellte deutsch-französische Beschaulichkeit und Harmonie: die jüngste Rückführung der deutschen Goldreserven aus Paris (ein Zeichen für Vertrauen?); die – mickrigen – zwei deutschen Transall-Flugzeuge, die zunächst mobilisiert wurden, um den französischen Einsatz in Mali zu unterstützen; der schale Beigeschmack, den die Enthaltung Deutschlands beim Libyen-Einsatz 2011 hinterlassen hat und der das Schisma in der deutsch-französischen Sicherheits- und Verteidigungskooperation jenseits der blütenschönen gemeinsamen Strategie-papiere erneut sichtbar gemacht,¹ multipliziert erst kürzlich um den unheilvollen Effekt, den das Scheitern der Fusion von EADS mit BAE-System im November 2012 in der deutsch-französischen Rüstungsindustrie und der strategischen *community* ausgelöst hat.

Dazu eine Energiewende in Deutschland, die den Franzosen nicht angekündigt wurde, ein französischer Nukleardeal, der Deutschland wiederum nicht angekündigt wurde, eine deutsche Wirtschaftspolitik, die in Frankreich mehr *nolens volens* als „deutsches Modell“ gepriesen, de facto aber mit Stirnrunzeln, wenn nicht mit Wut kommentiert wird; die Sprachkenntnisse der jeweils anderen Landessprache und die bilingualen Schulzweige, die in beiden Län-

* Ausgearbeitete Fassung des Vortrags anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 22. November 2012 auf dem Petersberg in Königswinter.

1 Vgl. Claudia Major, *La France, l'Allemagne et la défense européenne*, „Visions franco-allemandes“, Notes du CERFA n° 20, Januar 2013.

dem, auch in den Grenzregionen, zurückgehen: die Liste der Versäumnisse, der Schwierigkeiten, ja der Streitigkeiten ist lang, sehr lang sogar. Vieles scheint de facto dauerhaft inkompatibel, irreparabel, vergeblich zwischen Deutschland und Frankreich. Doch war das eigentlich je anders?

Zurecht bezeichnet Alfred Grosser, der Großmeister der deutsch-französischen Beziehungen, der eben diese wie kein anderer über 50 Jahre beobachtet hat, die deutsch-französischen Beziehungen als einen „enormen Mythos“² und legt – mit teilweise bösen Zitaten – nach in seinem bemerkenswerten Essay zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags:³ gemeinsames Geschichtsverständnis? Woher denn. Europäisches Finanzkrisenmanagement? Fehlanzeige. Einhaltung europäischen Rechts? Nur da, wo es passt und nicht stört. Nationales Selbstverständnis und Pochen auf Eigenständigkeit? Immer noch groß (vor allem in *La République...*). Deutsch-französische Zivilgesellschaft? Jenseits von funktionierenden Städtepartnerschaften in den großen gesellschaftlichen Diskursen beider Länder (z. B. über Migration): weitgehend abwesend. Problematisch ist in diesem Zusammenhang auch die gleichsam „narzisstische Kränkung“, die Frankreich – überrollt von einem Diskurs über „*le model allemand*“ – gerade kollektiv durchläuft mit Blick auf seine wirtschaftliche Zurückgeworfenheit hinter Deutschland, das derzeit übermächtig erscheint. Während 82 Prozent der Deutschen also immer noch finden, man habe ein Verhältnis auf Augenhöhe mit Frankreich, finden das nur 53 Prozent der Franzosen, und 41 Prozent widersprechen dem ausdrücklich.⁴ Für das emotionale Gleichgewicht ist dies problematisch, der Bruch der Symmetrie eine Belastung für die deutsch-französische Freundschaft und potentiell ein Problem für die Tragfähigkeit der gemeinsamen europäischen Kooperation.

Das alles scheint mit Blick sowohl auf das bilaterale Verhältnis als auch auf die Fähigkeit eines deutsch-französischen Krisenmanagements in Europa auf den ersten Blick eher niederschmetternd. Deutschland und Frankreich, liest man die „Berliner Erklärung“⁵ zum 50. Jahrestag des Élysée-Vertrages, die ein Ausbund an wirtschaftspolitischer Nüchternheit und Reformfordernissen ist, sind in der Ebene zäher Alltagskooperation angekommen und müssen dicke Bretter bohren. Vorbei die erhebende Symbolik von Völkerverständigung und

2 Vgl. Alfred Grosser: „Élysée-Vertrag ist bis heute ein enormer Mythos“, in: Deutschlandfunk, Interview der Woche, 20. Januar 2013, in: http://www.dradio.de/dlf/sendungen/idw_dlf/1983787/ (Abruf: 8. Mai 2013).

3 Vgl. Alfred Grosser: France-Allemagne: le présent en perspective, „Visions franco-allemandes“, Notes du CERFA n° 21, Januar 2013.

4 Vgl. „Frankreich und Wir“. Ergebnisse der großen Umfrage „Frankreich, Deutschland und Sie?“, vorgestellt von ARD, Deutschlandradio, ARTE und Radio France, zum 50. Jahrestag des Élysée Vertrages, in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_33367-1522-1-30.pdf?130131101339 (Abruf: 8. Mai 2013).

5 <http://www.finanzen.net/nachricht/aktien/Gemeinsame-Erklaerung-zu-50-Jahren-Eacute-lys-eacute-e-Vertrag-2232205> (Abruf: 8. Mai 2013).

Aussöhnung, hinein in den Sumpf, der transnational trocken gelegt werden muss, bestehend aus der Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit, globaler Zukunftsfähigkeit, Modernisierung der Städte, nachhaltigen Energiekonzepte, Arbeitsmarktreform, Gesundheitsförderung, Ausbildungskonzepten und Grenzkoooperation: ein gemeinsames Alltagsgeschäft, unspaßig, anstrengend, die Mühen der Ebene eben.

Natürlich haben viele Deutsche Ferienhäuser in Frankreich, junge Franzosen genießen derzeit Berlin und es ist gleichsam eine Art Entspannungszustand der Normalität eingetreten, den man auch begrüßen kann, ein nachbarschaftlich-distanziertes Nebeneinander, ohne großes Geschichtsbewusstsein und ohne ständigen Aussöhnungsdiskurs.⁶ Städtepartnerschaften sind dabei ein alterndes Konzept. Das ist der Punkt, an dem die deutsch-französischen Beziehungen gleichsam Opfer ihres eigenen Erfolges geworden sind. Frankreich ist für die deutsche Jugend nicht mehr der Raum der intellektuellen Neugierde, es gibt derzeit mehr deutsche Austausch-Schüler in Peking als in Frankreich. Große französische Intellektuelle wie etwa Jean-Paul Sartre oder Michel Foucault, die eine Anziehungskraft für ein gemeinsames gesellschaftliches Zukunftsprojekt ausüben könnten, gibt es nicht mehr. Und Stephane Hessel hat mit seinem Buch „Empört euch“ keine deutsche-französische Mobilisierung der Jugend in der Eurokrise ausgelöst.

Dies alles müsste nicht zur Besorgnis anhalten, wenn es nicht ein großes Projekt zu stemmen gäbe, nämlich die Ausgestaltung einer europäischen Demokratie, die allein den Euro überlebensfähig machen dürfte. Der Euro erfordert allen europäischen Staaten, allen voran aber Frankreich und Deutschland, eine Art sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Konvergenz ab, auf die die Staaten und ihre Bürger, vor allem aber eine zunehmend ahistorische und apolitische Jugend unvorbereitet scheinen. Der generationelle Bruch in der europäischen Erzählung und ihrer Überlieferung ist mit Händen zu greifen und die eigentliche Frage dürfte sein, ob es auf beiden Seiten des Rheins in der nächsten Generation zwischen den Jugendlichen, zumeist am unteren sozialen Rand, die von Europa nie viel erfahren und mitbekommen haben⁷ und der Erasmus-Jugend, die Europa zur Selbstverständlichkeit erklärt hat, genügend Akteure geben wird, die ständige kulturelle Übersetzungsleistung zu erbringen, die eine ausgestaltete europäische Demokratie wie eine Lebensader braucht. Denn eine Währungsunion braucht, wie die derzeitige Eurokrise zutage fördert, ein

6 Die Umfrageergebnisse der ARTE-Umfrage bestätigen diese neue Normalität; allerdings ist darauf zu verweisen, dass die Umfrage insofern nicht repräsentativ ist, als dass sie in einem Milieu durchgeführt wurde, das interessiert an den deutsch-französischen Beziehungen ist.

7 Interessant ist in diesem Zusammenhang z. B. die Tatsache, dass Marine Le Pen bei den letzten französischen Parlamentswahlen im April 2012 mit 28 Prozent in der Altersgruppe 18–25 Jahre mit 8 Prozent über dem nationalen Durchschnitt abgeschnitten hat.

gemeinsames politisches und ökonomisches Verständnis von Lebenswelten, die letztlich die Formulierung einer gemeinsamen politischen Kultur bedeuten. Die Ausformulierung einer europäischen politischen Kultur wird auf europäischer Ebene entscheidend davon abhängen, dass ein solcher Diskurs in der nächsten Generation zwischen Deutschland und Frankreich nicht nur gelingt – sondern überhaupt engagiert betrieben wird.

Dieser Artikel will versuchen, die stete Erosion der deutsch-französischen Beziehungen seit der Ära Kohl zu beleuchten. Dazu werden die deutsch-französischen Beziehungen in fünf Phasen eingeteilt: Das Verblühen der Maastricht-Ambitionen schon gegen Ende der Ära Kohl 1994–1998; die sogenannte europäische Normalisierung der Schröder-Regierung 1998–2002; die Mutation der deutsch-französischen Beziehungen zu einer Lokomotive ohne Anhänger 2003 bis zum französischen Referendum 2005; die Entdeckung deutsch-französischer Konkurrenz ab 2007; und schließlich die Zeit der neuen Konfrontation in der Eurokrise und der jüngste systemische Bruch zwischen Deutschland und Frankreich.

Das Verblühen der Maastricht Ambitionen

Retrospektiv darf die These vertreten werden, dass der Maastrichter Vertrag von 1992 selbst der Höhepunkt der deutsch-französischen Beziehungen und ihrer Ambitionen gewesen ist, die „Hoch“zeit dessen, was möglich war und angestrebt werden sollte: eine immer engere europäische Union. Inzwischen hat Hans-Peter Schwarz in seiner umfassenden Kohl-Biographie⁸ die komplizierten historischen Umstände des Maastrichter Vertrages herausgearbeitet und differenziert dargestellt, dass der Maastrichter Vertrag, mithin die Einführung einer gemeinsamen Währung ohne die zeitgleiche oder gar vorherige Einführung einer politischen Union – wie vor allem von Deutschland damals gefordert und umfassend in der Diskussion über eine „Krönungstheorie“ diskutiert – möglicherweise bedenklich bzw. leichtsinnig war. Der Maastrichter Vertrag war die schwierige Balance, das deutsche Versprechen, dass deutsche und europäische Vereinigung bedingungslos zusammengehören sollten, einzulösen, und dadurch die Befürchtungen seiner europäischen Nachbarn, Deutschland könne sich durch die Wiedervereinigung renationalisieren und in Europa wieder zu mächtig werden, zu zerstreuen, wobei Deutschland de facto durch die Aufgabe der D-Mark in Vorleistung getreten ist. Die derzeitige Eurokrise ist in ihrer Essenz nichts anderes, als dass das politische *Volet*, also die Ausgestaltung einer politischen Union, von 1992 an über die verschiedenen Verträge von Amsterdam 1997, Nizza 2000, der gescheiterten europäischen Verfassung von 2005 sowie dem gültigen Lissabonner Vertrag nie wirklich

8 Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl: Eine politische Biographie. München 2012.

ausgestaltet wurde. Demokratie und Wirtschaft sind durch den Maastrichter Vertrag in Europa auseinander dividiert und nie wirklich auf europäischer Ebene zusammengeführt wurden. Genau darunter krankt Euroland heute, und es liegt maßgeblich in deutsch-französischer Verantwortung, einen Zustand zu überwinden, in dem die Währung transnational, Souveränität und soziale Verteilungsgerechtigkeit indes national geblieben sind.

Auch erscheint es wichtig darauf hinzuweisen, dass die Einführung der gemeinsamen Währung nicht spannungsfrei war.⁹ Es wurde zwischen Deutschland und Frankreich heftig gestritten über den Namen der gemeinsamen Währung, den Sitz und Status der Zentralbank sowie die Notwendigkeit einer europäischen Wirtschaftsregierung – Notwendigkeit, der man sich erst in jüngster Zeit im Zuge der Eurokrise wirklich zuwendet. Nicht vergessen werden darf dabei auch, dass die Durchführung der deutsch-deutschen Währungsunion, im Zuge derer die deutschen Zinsen auf bis zu 12 Prozent hochschnellten, um der Inflationsgefahr durch den 1:1 Umtausch von Ostmark in D-Mark zu begegnen, in der französischen Wirtschaft, die durch den Wechselkurs an die D-Mark gebunden war und darum den deutschen Zinsschritt mitgehen musste, zu tiefen Verwerfungen in der französischen Wirtschaft führte. Das französische Defizit stieg zwischen 1992 und 1994 von ca. 3 auf 6 Prozent und die Arbeitslosigkeit wuchs kräftig an. Damit hatte Deutschland de facto einen Teil der ökonomischen Kosten der Wiedervereinigung auf seinen Nachbarn abgewälzt, ohne dass Frankreich dem etwas hätte entgegenstellen können. In Deutschland zumeist unerwähnt und unterbelichtet, ist diese Erfahrung tief im französischen Langzeitgedächtnis eingepägt und hat die politisch-wirtschaftlichen Beziehungen schon in den 1990er Jahren tief beeinträchtigt.

In den 1990er Jahren hatte man sich noch der Illusion hingegeben, man könne sich um die politische Vervollständigung der Währungsunion herumdrücken. Durch die Einführung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes 1997 hat man versucht, die Frage der nationalen Verschuldungsproblematik notdürftig zu fixieren. Später sollte sich herausstellen, dass der Stabilitätspakt unzureichend war: Frankreich und Deutschland brachen ihn zeitgleich 2003.

Doch auch in anderen Politikfeldern erodierte die deutsch-französische Zusammenarbeit schon in den Jahren nach Abschluss des Maastrichter Vertrages, der doch eigentlich eine „immer engere Union“ schaffen sollte. In der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verhakten sich Deutschland und Frankreich in der Frage der Rolle der NATO in den europäischen Verteidigungsstrukturen und unterminierten damit beide de facto ein beherzigtes europäisches Vorgehen in Bosnien. 1996 kündigte Frankreich den Übergang zu einer Berufsarmee an, ohne Deutschland dies vorher zur Kenntnis zu geben, und führte Testversuche seiner Atomwaffen aus. 1998 unterzeichnete Frankreich

9 Eric Aeschmann/Pascal Riché: *La guerre de sept ans*. Paris 1999.

zusammen mit Großbritannien die sogenannten Verträge von St. Malo und ließ Deutschland sicherheitspolitisch außen vor. Auf der anderen Seite forcierte Deutschland die europäische Osterweiterung mehr als sein französischer Nachbar, der sich emotional der Erweiterung bis zuletzt entgegenstellte und diese vielmehr – zurückgehend auf alte französische Vorstellungen von *Le Mitteleuropa* – als deutschen Hinterhof betrachtete. Auf dem Europagipfel in Cannes 1996 unterzeichneten Helmut Kohl und Jacques Chirac einen gemeinsamen Brief über Subsidiarität,¹⁰ der dem Engagement des Maastrichter Vertrages bereits die Luft heraus nahm. Kurz: schon gegen Ende der Ära Kohl war spürbar, dass das in Maastricht gegebene Versprechen schwieriger einzulösen sein würde, als von den Vertragsvätern – namentlich François Mitterrand, Helmut Kohl und Jacques Delors – gedacht.

Der Nimbus der Normalisierung

Mit Amtsantritt Gerhard Schröders im Jahre 1998 änderten sich die deutsch-französischen Beziehungen bzw. allgemeiner das deutsche Selbstverständnis in Europa spürbar. Gerhard Schröders Antrittsrede im Deutschen Bundestag,¹¹ die als „Normalisierung“ deutscher Außen- und Europapolitik gewertet wurde, schien nicht geeignet, den europäischen Nachbarn eben jene Sorge eines wieder erstarkenden Deutschlands zu nehmen, auch wenn auf den Diskurs der sogenannten Normalisierung zunächst demonstrativ positiv reagiert und die deutsche „Normalisierung“ formell begrüßt wurde. Dahinter stand freilich eine neue Art Deutschlands, nationale Interessen, z. B. bei der Landwirtschafts- oder auch Migrationspolitik vorzutragen. Auch darf nicht vergessen werden, dass sich Gerhard Schröder durch seine Politik des „Dritten Weges“ mit Tony Blair zunächst demonstrativ von Frankreich abwandte – und – ebenfalls nicht hilfreich, den Euro noch 1998 in einem Artikel in *Foreign Affairs* als „Kopfgewurt“ bezeichnete.¹²

Auch wenn auf dem EU-Gipfel in Köln im Sommer 1998 entschiedene Fortschritte bei der Ausgestaltung der ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik) gemacht werden konnten, u. a. durch die Einsetzung eines Hohen Beauftragten (Javier Solana) für die ESVP, was dann im weiteren Verlauf

10 Gemeinsamer Brief des deutschen Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten an den Vorsitzenden des Europäischen Rates vom 6. Dezember 1995, in Auszügen abgedruckt in: Mathias Jopp/Otto Schmuck (Hg.): *Die Reform der Europäischen Union. Analysen – Positionen – Dokumente zur Regierungskonferenz 1996/97*. Bonn 1996, S. 115ff.

11 Auch wenn Gerhard Schroeder das Wort „Normalisierung“ selbst in seiner Rede nicht gebraucht hat, vgl. Andreas N. Ludwig: *Auf dem Weg zu einer „Achse Berlin-London“? Die deutsch-britischen Beziehungen im Rahmen der Europäischen Union unter Gerhard Schröder und Tony Blair (1998–2002)*. Hamburg 2011, S. 58.

12 Gerhard Schröder, in: *Politique internationale* 4 (1997).

auch das europäische Engagement im Bürgerkrieg des ehemaligen Jugoslawien verbesserte, so hatte das deutsch-französische Verhältnis zu diesem Zeitpunkt schon deutliche Risse bekommen.

Es sollte nicht lange dauern, bis diese Risse deutlich zutage traten. Auf dem EU-Gipfel im Dezember 2000 in Nizza konnten sich Deutschland und Frankreich nicht über die neue Stimmrechtverteilung im Rat einigen. Frankreich hatte zuvor geltend gemacht, dass die Stimmrechtverteilung sich proportional stärker an die Größe der Bevölkerung anlehnen müsse; woraufhin Deutschland seinerseits geltend machte, dass auch die durch die Wiedervereinigung zugekommenen ca. 25 Mio. mehr Deutsche entsprechend berücksichtigt werden müssten, was Frankreich allerdings wiederum ablehnte. Die Parität der Stimmen im Rat war symbolisch der stärkste Ausdruck der politischen Gleichheit Deutschlands und Frankreichs und Frankreich nicht bereit, darauf zu verzichten. Der Ausweg aus diesem offenen deutsch-französischen Eklat auf einem europäischen Gipfel, dem „französischen Suez“, wie ein Beobachter es nannte,¹³ war schließlich, Deutschland zehn Abgeordnete mehr (99) im europäischen Parlament zu gewähren, die Stimmgleichheit im Rat indes beizubehalten. Deutschland hatte sich zusätzlich auf dem Gipfel in Nizza für verschiedene seiner „Besonderheiten“ verkämpft, die es aus der Binnenmarktregulierung herausgehalten sehen wollte, darunter die deutsche Handwerksordnung, die Gewährträgerhaftung der Landesbanken oder die sogenannte Daseinsvorsorge, also die öffentliche Versorgung (Wasser, öffentlicher Nahverkehr oder Energie) der Länder und Kommunen – sehr zum Missfallen seiner europäischen Partner. Nizza, der Gipfel, der politisch wie wirtschaftlich die EU auf die anstehende Osterweiterung vorbereiten sollte, generierte zum europäischen Schockerlebnis, in dem der deutsch-französische Motor komplett ausgefallen war.

Der deutsch-französische Vertrauensbruch war so groß, dass Deutschland und Frankreich unmittelbar nach dem Gipfel von Nizza den sogenannten Blaesheim-Prozess einrichteten, benannt nach einem kleinen Ort im Elsass. Es wurde vereinbart, fortan vor jedem europäischen Gipfel deutsch-französische Vorgespräche auf Ministerebene zu führen, um ein neuerliches europäisches Desaster solcher Dimension zu verhindern. Die Blaesheim-Gespräche wurden zu einer Art vertrauensbildender Maßnahme in den deutsch-französischen Beziehungen. Es darf indes vermutet werden, dass sich Deutschland und Frankreich vom Keim des in Nizza gesäten gegenseitigen Misstrauens nie richtig erholt haben.

13 Vgl. François Heisbourg: Nice: un „Suez“ diplomatique, in: *Le Monde*, 26. Dezember 2000.

Vom Tandem zur Lokomotive ohne Anhänger

Die nachfolgenden Jahre der großen Koalition sollten bestätigen, dass die deutsch-französischen Beziehungen mit Beginn der 2000er Jahre gleichsam aus dem Takt geraten sind und nicht mehr zu ihrer ursprünglichen Tandem-Funktion zurückfinden sollten. Der Irak-Krieg der USA 2003 stellte das deutsch-französische Paar gleich vor die nächste Herausforderung, bei der es auf europäischer Ebene insofern scheiterte, als dass der – in der Sache richtige – deutsch-französische Schulterschluss¹⁴ gegen den Einmarsch der USA in den Irak zu großen europäischen Verwerfungen führte. Zehn (vor allem ost-) europäische Staaten unterzeichneten einen gemeinsamen Brief „United we stand“¹⁵ und mithin war die EU in der Irak-Frage gespalten. Dass Jacques Chirac noch das inzwischen berühmte *bonmot* bemühte, die Osteuropäer hätten „einen Moment verpasst, den Mund zu halten“¹⁶, hat den Zwiespalt der EU nicht zum Besseren gewendet. Wie auch immer die sachliche Berechtigung der deutschen und französischen anti-Irak-Krieg Position war: es hat Europa auseinandergetrieben. Der Motor mutierte zur *Lokomotive ohne Anhänger*, (fast) keiner ‚folgte‘ der deutsch-französischen Positionsbestimmung, womit ein alter Grundsatz der deutsch-französischen Beziehungen erstmalig außer Kraft gesetzt wurden, nämlich dass, wenn nur Deutschland und Frankreich sich einig sind, europäische Probleme einer Lösung zugeführt werden können. Damit wurde zum ersten Mal sichtbar, wie sehr die Osterweiterung auch die Führungsdynamik der EU verändert hatte.

Der Irak-Vorfall hatte im späteren Verlauf auch schwerwiegende Auswirkungen auf die zeitgleich laufenden Verhandlungen über eine europäische Verfassung im Rahmen des Verfassungskonventes, der 2002 unter Leitung von Valérie Giscard d’Estaing seine Arbeit aufgenommen hatte. Vor allem das Kapitel über die Ausgestaltung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) litt naheliegenderweise unter der europäischen politischen Spaltung über den Irak-Krieg und die Ambitionen wurden im Verlaufe des Konventes sichtlich zurückgestutzt. Zum Beispiel wurde nicht mehr durchgesetzt, dass der Hohe Beauftragte für die GSVP sich „europäischer Außenminister“ nennen durfte.

Zum gleichen Zeitpunkt – 2003 – verletzten sowohl Deutschland als auch Frankreich den Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU und überzogen die Defizitgrenze von 3 Prozent, wurden indes nicht, wie zuvor die kleineren EU-

14 Zusammen mit Belgien und Luxemburg, bekannt als sogenannter „Chocolat-Summit“, vgl. z. B. BBC News: European press review, 30. April 2003 (<http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/2987439.stm>, Abruf: 8. Mai 2013).

15 United We Stand. Eight European leaders are as one with President Bush, in: The Wall Street Journal, 30. Januar 2003.

16 „Donc, je crois qu’ils ont manqué une bonne occasion de se taire.“, in: <http://www.monde-diplomatique.fr/cahier/europe/conf-chirac> (Abruf: 8. Mai 2013).

Länder Portugal und Irland, dafür mit einem „Blauen Brief“ aus Brüssel gehandelt. Das deutsch-französische Tandem missbrauchte damit sprichwörtlich seine Führungsrolle in Europa und ging mit schlechtem Beispiel voran.

Und wiederum fast zeitgleich hatten Deutschland und Frankreich wenige Monate zuvor, auf dem EU-Rat im Oktober 2002, in Zweiergesprächen gekungelt und dann den europäischen Partnerstaaten einen (faulen) Kompromiss in der Agrarpolitik präsentiert, in dem Frankreich im wesentlichen seine Rückflüsse behielt und Deutschland im Gegenzug französische Unterstützung dafür erhielt, eine Verlängerung der Freizügigkeitsregelung für osteuropäische Arbeitnehmer im Zuge der Osterweiterung geltend zu machen. Deutschland erstritt sich damals eine 6-jährige Übergangszeit, die erst 2012 vollkommen aufgehoben wurde.

In der Summe führte dies dazu, dass das deutsch-französische Engagement nicht mehr dem gemeinsamen Fortschritt in Europa galt, sondern die zu große deutsch-französische Nähe eher benutzt wurde, deutsche wie französische Eigeninteressen in der EU geltend zu machen und zu sichern. Deutschland und Frankreich wurden zu einem Tandem, das gleichsam gegen die Gesamtinteressen der EU gerichtet war. Die deutsch-französische Symbiose wurde zum europäischen Spaltpilz.

In diesen Zeiten deutsch-französischer Lustlosigkeit für Europa war es kaum verwunderlich, dass das Ergebnis des europäischen Verfassungskonventes halbherzig blieb und hinter den ursprünglich hochgesteckten Erwartungen an eine europäische Verfassung zurück fiel.

Den nächsten schweren Schlag erlitt das deutsch-französische Tandem durch das französische „nein“ zu eben jenem Verfassungsvertrag. Damit hatte sich gleichsam nicht nur ein (großes¹⁷) Gründungsmitglied, sondern auch der wichtigste deutsche Partner emotional von Europa verabschiedet. Die französische Europadiskussion hat sich bis heute nicht von diesem „nein“ erholt, es war das Ende der französischen Diskussion über Europa. Deutschland stand zu diesem Zeitpunkt schon ebenfalls welken Integrationsabsichten alleine da. Es ist wichtig, die kulturpolitische Dimension dieses „Neins“ herauszuheben und zu beleuchten, auf welche emotionale Befindlichkeit das französische „nein“ in Deutschland stieß.

Deutschland war spätestens ab 2006, beschleunigt durch die Fußball-Weltmeisterschaft, in einer Art nationalen Fieber, einer Stimmung der – unschuldigen – (Re-)Nationalisierung, unschuldig im Sinne von absichtslos.¹⁸ Neben dem Fußball gab es 2010 den Sieg von Lena beim European Song Contest, die

17 Auch die Niederländer stimmten wenige Tage nach dem französischen „Nein“ gegen die europäische Verfassung.

18 Irene Götz: Deutsche Identitäten. Die Wiederentdeckung des Nationalen nach 1989. München 2011.

Kampagne vom „Land der Ideen“ und „Ich bin Deutschland“, Exporterfolge und ein neues Selbstwertgefühl, das auch in Projekten wie etwa dem Humboldt-Forum in Berlin oder dem Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses Ausdruck fand und findet. In der Retrospektive ist ebenfalls auffällig zu beobachten, dass sich Deutschland – trotz der finanziellen Belastungen der Wiedervereinigung – und aufgrund der zu Beginn der Dekade durchgeführten „Agenda 2010“ („Harz IV“-Reformen) ab etwa 2006/07 wieder wirtschaftlich saniert hat¹⁹ und ab 2007 wieder das Defizit-Kriterium des Maastrichter Vertrages einhalten konnte, während Frankreich mangels Strukturreformen²⁰ wirtschaftlich weiter und zunehmend hinter Deutschland zurück fiel. Ab diesem Zeitpunkt drifteten Deutschland und Frankreich in allen entscheidenden makro-ökonomischen Basisdaten auseinander und auch das Zinsdifferential weitete sich zwischen Deutschland und Frankreich. Dieses Auseinanderklaffen wird große psychologische Folgen für das Tandem haben, denn die wirtschaftliche Ungleichheit gefährdete von da an die politische Symmetrie des Tandems in Europa. Verstärkt wurde dieser Effekt durch eine Reihe von gescheiterten deutsch-französischen Unternehmenszusammenschlüssen, wobei Sanofi-Alcatel 2003 und Siemens-Areva 2007 als wichtigste zu nennen sind, die tiefe Spuren in der industriepolitischen Zusammenarbeit hinterlassen haben.

Der Versuch der Konkurrenz

Wo Zusammenarbeit auf der Basis von ökonomischer Gleichheit nicht mehr gewährt ist, und das europäische Engagement auf beiden Seiten durch unterschiedliche Einflüsse (französisches „Nein“ und deutsche nationale „Hoch“-phase) sowieso schon gebrochen oder zumindest mürbe ist, begann nunmehr eine Phase der politischen Konkurrenz zwischen Deutschland und Frankreich. Vom einstigen Tandem der 1990er Jahre über die „Lokomotive ohne Anhänger“ zu Beginn der letzten Dekade leisteten sich Frankreich und Deutschland ab der Wahl von Nicolas Sarkozy 2007 eine Art Führungswettkampf in Europa. Wo Deutschland die „östliche Partnerschaft“ unterstützte,²¹ forcierte Frankreich – politisch unge-

19 Erst jetzt beginnt eine Diskussion darüber, welchen Preis im Sinne von sozialer Kohäsion Deutschland möglicherweise langfristig für die Harz-IV Reformen bezahlt hat, vgl. Klaus Dörre: Das neue Elend: Zehn Jahre Hartz-Reformen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3 (2013), S. 99–108 (<http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2013/maerz/das-neue-elendzehn-jahre-hartz-reformen-0>, Abruf: 8. Mai 2013).

20 Nicholas Bavarez: Réveillez-vous!: le cri d'alarme de Nicolas Bavarez, in: Le Figaro, 6. September 2012 (<http://www.lefigaro.fr/livres/2012/09/06/03005-20120906ARTFIG00597--reveillez-vous-le-cri-d-alar-me-de-nicolas-bavarez.php>, Abruf: 8. Mai 2013).

21 Ein von Schweden und Polen gemeinsam in die EU-Außenpolitik eingebrachter Vorschlag. Vgl. Stefan Meister/Marie-Lena May: Die Östliche Partnerschaft der EU – ein Kooperationsangebot mit Missverständnissen, DGAP Standpunkt Nr. 7 (September 2009) (<https://weltpolitik.net/de/article/getFullPDF/17916>, Abruf: 8. Mai 2013).

schickt noch dazu – eine Mittelmeerunion, in der ursprünglich europäische Mittelmeeranrainer mehr Mitsprache als andere EU-Staaten haben sollten. Zugleich tritt Frankreich wieder in die militärischen Strukturen der NATO ein, die es in den 1960er Jahren noch unter Charles de Gaulle verlassen hatte. Damit wollte Frankreich eindeutig Deutschland seine bisherige Rolle als amerikanischer Junior-Partner auf dem europäischen Kontinent streitig machen. Sein aktives sicherheitspolitisches Engagement für Europa bewies Frankreich dann sogleich in der Georgien-Krise im August 2008, während Deutschland sich hier zögerlich und tendenziell pro-russisch verhielt. Iran (genauer: deutsche Zögerlichkeit bei der Embargo-Frage) und, nicht neu, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB), sind weitere Streitpunkte auf der langen Liste der deutsch-französischen Streitigkeiten. Auch wenn es heute weitgehend in Vergessenheit geraten ist, weil Angela Merkel und Nicolas Sarkozy später, im Rahmen der Eurokrise zu „Merkozy“ mutieren sollten: zu Beginn der Amtszeit von Präsident Sarkozy war das deutsch-französische Paar weit davon entfernt, sich zu verstehen und mit Blick auf Europa an einem Strang zu ziehen.

Inmitten dieses deutsch-französischen Unfriedens fiel dann 2008 die Finanzkrise, die später zur Eurokrise werden sollte, und die erste deutsch-französische Antwort war keine gemeinsame. Im Oktober 2008, nach der Pleite der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers, gingen Angela Merkel und Nicolas Sarkozy getrennt vor ihre jeweilige nationale Presse, um die Spareinlagen zu garantieren, ein Schulterchluss der bei der Krisensituation war symbolisch ebenso wie faktisch ausgeblieben.

In den ersten Monaten der Finanzkrise, im Zeitraum von 2008 bis zum Sondergipfel der EU in Deauville im Oktober 2010, machte sich Frankreich daraufhin zum „*Front-runner*“ des europäischen Südens, forderte die Einführung von Eurobonds, eine Neujustierung der Statuten der EZB, die auch auf die Erhaltung von Beschäftigung ausgerichtet sein müssten und wehrte sich sowohl gegen Reformdruck als auch Sparauflagen. Es war einer der wichtigsten politischen Kämpfe um die Deutungshoheit der Finanzkrise – und die richtige Krisenstrategie – die Frankreich und Deutschland in diesen zwei Jahren miteinander ausgefochten haben – und Frankreich unterlag.

Im Oktober 2010, eben bei jenem Treffen in Deauville, schwenkte Frankreich um und ein auf den deutschen Kurs der Haushaltsanierung. Unter welchem politischen Druck dies geschah, ist aus heutiger Sicht noch schwer zu bewerten. Doch mit diesem Moment wurde aus der deutsch-französischen Konkurrenz in Europa um die ökonomisch richtigen Krisenlösungen und die politische Vormachtstellung ein Schwenk zu „Merkozy“ vollzogen.²² Europa tat das deutsch-französische Kondominium indes nicht gut!

22 Ulrike Guérot/Thomas Klau: After Merkozy: How France and Germany Can Make Europe Work, ECFR Policy Brief 2012.

Mit diesem Schwenk nämlich wurde zugleich die wertvolle deutsch-französische Parität gebrochen, die allein die Stärke des deutsch-französischen Tandems ausmacht. Dem geflügelten Wort von Stanley Hofman aus den 60er Jahren folgend – der Symmetrie in der Asymmetrie²³ – müssen Frankreich und Deutschland sich zunächst streiten, um dann für Europa einen konstruktiven Kompromiss bei einem Problem zu finden. Die Wirtschafts- und Währungsunion ist ein klassisches Beispiel für eine solche Annäherung nach langen Streitigkeiten. Anders formuliert: zu viel deutsch-französische Nähe schadet Europa. Erst die Annäherung von zwei Ländern, die stellvertretend für zwei verschiedene wirtschaftspolitische Philosophien und kulturpolitische Pole stehen, erlaubt den anderen europäischen Staaten, sich einem Kompromiss anzuschließen, lässt politischen Raum für die anderen Staaten. Wenn Deutschland aber zu mächtig ist und Frankreich sich ihm notgedrungenmaßen anschließen muss, weil es die Ressourcen verloren hat, seine eigene Position angemessen zu verfechten, kann das deutsch-französische Tandem seine Führungsrolle in Europa nicht mehr ausüben. Genau dies ist seit 2008 der Fall. Der politische und ökonomische Machtzuwachs, den Deutschland gleichsam als „*accidental empire*“ durch die Eurokrise in Europa erfahren hat, hat die traditionelle Struktur der deutsch-französischen Beziehungen zerschlagen. Genau dies ist heute eines der größten Dilemmata bei der Lösung der Eurokrise.

Deutschland und Frankreich im heutigen Kriseneuropa

Vom Europakt-Plus bis Fiskalpakt war Frankreich beim Eurokrisenmanagement im deutschen Soziussitz und damit in dem Zwiespalt, eine Politik mit zu führen und zu verteidigen, die viele in Frankreich – Eliten wie Bevölkerung – de facto nicht gut fanden. Der Fiskalpakt z.B. löste – obgleich Sarkozy ihn 2012 wortgewaltig in der Öffentlichkeit vertrat – eher Befremden aus, die deutsche „Sparpolitik“ wurde (und wird) als einseitig kritisiert. Deutschland schaut diesem Zwist immer auf die Mikro-Ebene und beanstandet – zu Recht – die fehlenden französischen Strukturreformen, die unter Sarkozy ausgeblieben sind. Frankreich hingegen hält Deutschland auf der Makro-Ebene ein fehlendes Bemühen um eine ausreichende Binnennachfrage vor und wirft ihm Lohndumping vor. Die Franzosen üben auch Kritik an einer verengten deutschen Sicht auf die Rolle einer Zentralbank und werfen den Deutschen vor, de facto implizit Wirtschaftsnationalismus zu betreiben, in dem Deutschland die Schwächen des Eurosystem zu seinen Gunsten nutze.²⁴

23 Gemeint war, dass der politische Riese Frankreich und der wirtschaftliche Riese Deutschland sich immer durch ihre Ungleichheit ergänzt und ausgeglichen haben.

24 Vgl. Harald Schumacher: Der deutsche Irrweg, in: Tagesspiegel, 14. April 2013.

Diese gegenseitigen Vorwürfe beruhen letztlich auf der Tatsache, dass es sich bei Deutschland und Frankreich um strukturell sehr unterschiedliche Volkswirtschaften handelt – z.B. die deutsche Exportorientierung und sein starker Mittelstand – die weder einfach verglichen noch schnell kopiert werden können; und aus diesen unterschiedlichen Strukturen ergeben sich auch unterschiedliche ökonomische Politikanforderungen bzw. Möglichkeiten. Letztlich haben beide Seiten Recht: Frankreich muss seine Reformen in Angriff nehmen und Deutschland muss makro-ökonomischen Stellschrauben mehr Bedeutung beimessen. Genau dies müsste jetzt auch zwischen den Zivilgesellschaften beider Länder ausdiskutiert werden.

Dafür spricht das Bekenntnis zum 50. Jahrestag des Elysee-Vertrages, dem hoffentlich jetzt Taten folgen werden, dass nach der Exekutive auch die Parlamente in den deutsch-französischen Beziehungen enger zusammenwachsen sollen. Die Eurokrise, die neuen *governance*-Strukturen in Euroland, z.B. die Einführung des „europäischen Semester“, machen in Zukunft – im Übrigen nicht nur zwischen Deutschland und Frankreich – eine stärkere sozial-, haushalts- und steuerpolitische Absprache und damit eine gemeinsame gesellschaftliche Diskussion über sozial- und wirtschaftspolitische Prioritäten notwendig. Das gemeinsame Bekenntnis zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer anlässlich der Feierlichkeiten im Januar 2013 war hierfür ein erstes Symbol.

Weitere Schritte dürften folgen. „*Wir werden unseren Austausch mit den Sozialpartnern intensivieren, um gemeinsame Initiativen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitiger Wahrung eines hohen Niveaus an sozialer Sicherheit zu ergreifen*“, heißt es u. a. in der gemeinsamen Erklärung. Dahinter steht konkret, dass etwa ein Mindestlohn von 14 Euro/Std. in Frankreich für die Arbeit z. B. in einem Schlachthof im Rahmen eines Währungsverbundes strukturell inkompatibel sind mit den 5,50 Euro, die derzeit in Deutschland für diese Arbeit gezahlt werden. Grenzüberschreitend wird man sich also im Rahmen des deutsch-französischen Krisenmanagements jetzt mit genau diesen Fragen auseinandersetzen müssen: welche Löhne, welche Sozialleistungen, welche Steuern? Die Einsicht ist in beiden Ländern angekommen, dass jede nationale wirtschaftspolitische Weichenstellung, jede Schraube, die in dem einen wie in dem anderen Land gedreht wird an Steuern, Sozialleistungen oder Gehältern, unweigerlich Auswirkungen auf das Nachbarland hat – und dass es jetzt darum gehen muss, ein Wirtschaft- und Sozialmodell für ganz Europa zu entwerfen, de facto also einen „*contrat social*“ für Euroland, der das Verhältnis zwischen Markt und Staat, und zwischen Arbeit und Kapital neu regelt, bzw. der Wettbewerbsverzerrungen verhindert, die durch die fehlende Komplementierung des Binnenmarktes entstanden sind. Mehr denn je braucht Euroland die gleichen wirtschaftspolitischen Regeln für alle. Eine ökonomische Konvergenz zwischen Deutschland und Frankreich ist zudem entscheidend, weil beide Länder immer noch kritische Masse für die Eurozone und die EU sind.

Der sozio-ökonomische Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich hier ist, dass Deutschland eine Gesellschaft hat, die entschieden hat, dass internationale Wettbewerbsfähigkeit auf jeden Fall sicherzustellen ist. In Frankreich ist ebendies ökonomisch-kulturell noch nicht unbedingt der Fall; und die französische Wirtschaft ist auch weniger in die globale Wertschöpfungskette eingebunden als die deutsche. Viele in Frankreich²⁵ haben eine noch fast verträumte Debatte, in der Europa und der Binnenmarkt nicht als Trampolin für den Weltmarkt, sondern eher als Puffer und Schutzwall gegen globale Märkte zu fungieren haben.

Hier den richtigen Modus vivendi zu finden, zwischen vielleicht berechtigten französischen Forderungen nach dem Ende der deutschen Lohnzurückhaltung, der Erhöhung der Binnennachfrage und des Ausgleiches der Handelsbilanzunterschiede²⁶ – oder auch nach einer erweiterten Rolle der EZB jenseits von Preisstabilität – diese Diskussion über die richtigen ökonomischen Rezepte für die Eurozone gemeinsam zu führen, das ist die große deutsch-französische Aufgabe der Zukunft. In den vergangenen Monaten war diese Diskussion indes überschattet von einer allzugroßen Dominanz des „*modèle allemand*“, dem deutschen wirtschaftspolitischen Modell, das Frankreich, wie vielfach suggeriert wurde, einfach so übernehmen zu habe, ungeachtet seiner sehr unterschiedlichen industrie- und wirtschaftspolitischen Struktur, wie etwa geografische Raumaufteilung, Besiedlung, Mittelstandsstruktur oder auch Ausbildungssysteme. Zu Recht verweisen französische Ökonomen in diesem Zusammenhang darauf, dass Frankreich vieles, was Deutschland als wirtschaftliche Stärken vorweisen könne, strukturell so gar nicht übernehmen könne.²⁷ Der französische Diskurs ist indes auch stark davon gekennzeichnet, dass die Franzosen unter „*modèle allemand*“ derzeit recht einseitig die Harz-IV Reformen subsumieren und sich viele, vor allem die französische Linke, nicht nur sozio-kulturell dagegen wehrt, ähnliche Reformen durchzuführen, sondern auch die ökonomische Rechtfertigung bzw. den nachhaltigen Erfolg dieser Reformen in Frage stellt. Der Parti Socialiste spricht inzwischen in der Neufassung seines Parteiprograms im April 2013 von der Notwendigkeit einer „demokratischen Konfrontation“ mit Deutschland. Die Natur der deutsch-französischen Beziehungen wird es jedenfalls notwendig machen, dass Deutschland französische Sichtweisen und Positionen mit Blick auf die Euro-Governance akkomodiert, und zwar anders als diejenigen anderer (süd-)europäischer Staaten. Dies gilt auch mit Blick auf

25 Vgl. z. B. Jean-Luc Mélenchon: Protectionnisme: l'exemple du Mercosur, in: http://cont-reinfo.info/article.php3?id_article=3177, 12. Januar 2012 (Abruf: 8. Mai 2013).

26 Vgl. z. B., Europas Unwucht aus Deutschland, in: Financial Times Deutschland, 21. Dezember 2011 (<http://www.ftd.de/politik/konjunktur/export-europas-unwucht-aus-deutschland/60145777.html>, Abruf: 8. Mai 2013).

27 Guillaume Duval: Made in Germany: Le modèle allemand au-delà des mythes. Paris 2013.

französische Forderungen nach europäischen Mindestlohn-Untergrenzen, dem Vorschlag einer europäischen Arbeitslosenversicherung als einer möglichen Art der fiskalischen Stabilisierung der Eurozone oder dem französischen Begehren nach einer gewissen Steuerharmonisierung auch im Unternehmenssteuerbereich – womit die Franzosen letztlich dem (berechtigten) Argument einer Komplettierung des Binnenmarktes auch im Steuerbereich folgen.

Deutschland und Frankreich kommen hier von Mars und Venus. Die Klischees der Unterschiede beider Staaten sind altbekannt und vielbeschrieben: hier das dirigistische-präsidentielle, exekutive Frankreich, dort das liberale, parlamentarische, föderale Deutschland. Auf die fundamentalen deutsch-französischen Unterschiede inklusive der industriellen Dominanz Deutschlands zielte auch eine Feuilleton-Debatte, die der italienische Philosoph Giorgio Agamben im Mai 2013 durch die Veröffentlichung eines Archiv-Textes lancierte: im Jahr 1945 hatte der russische Intellektuelle Alexander Kojew in einem Strategiepapier die Gründung einer Lateinischen Union (Frankreich mit Spanien und Italien) als einzige strategische Überlebenschance Frankreichs gegenüber einem zukünftigen deutschen industriellen Imperium in Europa beschrieben²⁸ – wozu 1945 indes eine gewisse Weitsicht gehörte. Im politischen Kontext von 2013 aber war es die politische Aufforderung an François Hollande, endlich den Widerstand des europäischen Südens gegen die deutsche Austeritätspolitik zu choreographieren. Doch die Lateinische Union – und damit wirtschaftspolitische Systemkonkurrenz – findet nicht statt, im Gegenteil. Der Spielraum für wirtschaftspolitische Unterschiede, und damit auch der Spielraum für Doppeldeutigkeiten wird geringer, genau das ist das Neue, das ist die eigentliche Herausforderung der Eurokrise: de facto wird die Pufferzone für Ambivalenzen reduziert, weil die Euro-Governance klare, eindeutige, transnationale Regeln auch im sozial- und steuerpolitischen Bereich braucht und die Finanzmärkte klare haushaltspolitische Ansagen.

Ob Deutschland und Frankreich in den nächsten Monaten der Aufgabe gerecht werden, diese wirtschaftspolitische Diskussion zunehmend gemeinsam und in gegenseitigem Respekt voreinander zu führen – und damit wieder Vorbild für Europa werden – und beide dann politisch auch beherzt genug sein werden, angesichts wachsender Euroskepsis, innenpolitischer Schwierigkeiten und anschwellendem Populismus²⁹ die jetzt notwendigen Schritte zur Vervollständigung des Euros zu ergreifen, erst im Rahmen der Bankenunion – hier vor allem die Einführung eines europäischen Einlagensicherungssystems für Banken – und

28 Alexander Kojew: „Outline of a doctrine of French Politics“, 1945, in: <http://www.hoover.org/publications/policy-review/article/7750> (Abruf: 6. August 2013).

29 Vgl. Gründung der anti-Euro-Partei in Deutschland der „Alternative für Deutschland“; vgl. Philip Plickert: Anti-Euro Partei wächst rasant, in: FAZ.net, 11. April 2013 (<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/alternative-fuer-deutschland-anti-euro-partei-waechst-rasant-12144143.html>, Abruf: 8. Mai 2013).

dann mit Blick auf die „Genuine and Deep Economic and Monetary Union“, so wie im Dezember 2012 von EU-Ratspräsident van Rompuy vorgestellt,³⁰ das wird sich erst nach den deutschen Wahlen zeigen. Derzeit lässt der politische Wille noch zu wünschen übrig, die politischen Systeme sind beidseits des Rheins erschöpft und Deutsche und Franzosen gleichermaßen europamüde.

Unerwarteter Weise darf man Hoffnung schöpfen. Am 30. Mai 2013 verabschiedeten Deutschland und Frankreich zur allgemeinen Überraschung noch vor den deutschen Wahlen eine gemeinsame Erklärung zur Vertiefung der politischen und fiskalischen Integration innerhalb der Eurozone.³¹ Die Erklärung zielte zwar nur in eher allgemeinen Worten auf Wachstum und Haushaltskonsolidierung und griff auch das Thema der Jugendarbeitslosigkeit auf. Darüber hinaus aber kann man es auch wie eine Blaupause für die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion lesen, mit konkreten Vorschlägen zur Bankenunion und zur besseren wirtschafts- und sozialpolitischen Koordinierung, wobei auch neue Politikbereiche der Integration zugeführt werden sollen, z. B. die Arbeitsmarktpolitik, die Rentenpolitik oder auch die Aus- und Weiterbildungspolitik. Dies alles freilich im Rahmen der Eurozone, nicht der EU, mit einer größeren Rolle des ESM in den Governance-Strukturen (während die Europäische Kommission weitgehend unerwähnt bleibt). Als Höhepunkt wird in diesem Papier die Schaffung eines permanenten Präsidenten der Eurozone gefordert.

Insofern wäre es nicht die erste tiefe deutsch-französische und europäische Krise, in der am Ende doch die positive Überraschung obsiegte. Indes: diesmal sollten die latenten Disintegrationstendenzen nicht unterschätzt werden! In diesem Sinne sind die Zeiten eines nahezu bedingungslosen deutschen Bekenntnisses zu den deutsch-französischen Beziehungen und Europa eines Helmut Kohls endgültig vorbei.

30 Towards a genuine economic and monetary Union, Report by President of the European Council, Herman Van Rompuy, Brussels, 26 June 2012 (EUCO 120/12), http://ec.europa.eu/economy_finance/focuson/crisis/documents/131201_en.pdf (Abruf: 8. Mai 2013).

31 „Frankreich und Deutschland – Gemeinsam für ein gestärktes Europa der Stabilität und des Wachstums“, Pressemitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 187/13 vom 30. Mai 2013.